

Antrag 2025/II/Ini/2

Jusos Hamburg

Gegen die Agenda 2.0!

- 1 Der SPD-Landesparteitag Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag und an
- 2 den nächsten Parteikonvent sowie die SPD-Bundestagsfraktion beschließen:
- 3 Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Kabinettsmitglie-
- 4 der werden aufgefordert, sich entschieden gegen die geplanten Verschärfungen beim Bürger-
- 5 geld zu stellen und entsprechende Gesetzesänderungen nicht zu unterstützen. Jegliche Rege-
- 6 lungen, die Leistungskürzungen unter das Existenzminimum vorsehen, widersprechen sozial-
- 7 demokratischen Grundwerten und den Kernanliegen der Arbeitnehmerschaft und werden von
- 8 der SPD nicht mitgetragen. Insbesondere die geplante Streichung der Kosten für Unterkunft ist
- 9 menschenunwürdig und muss abgelehnt werden.

10 **Begründung**

- 11 Der Sozialstaat ist eine der größten Errungenschaften der Sozialdemokratie. Er gibt Beschäf-
- 12 tigten Sicherheit vor der Willkür und den Wechselfällen des Marktes, schützt sie im Falle von
- 13 Arbeitslosigkeit vor Armut und Abstieg und stärkt so ihre Verhandlungsposition. Nur wer sich
- 14 nicht vor existenzieller Not fürchten muss, kann sich der Verschlechterung von Arbeitsbedin-
- 15 gungen entgegenstellen. Diese Sicherheit macht eine selbstbewusste Arbeitnehmerschaft erst
- 16 möglich – und genau das ist es, was Arbeitgeberverbände und CDU derzeit wieder angreifen.
- 17 Ihr Ziel ist klar: Die Aushöhlung des Sozialstaates, um eine verunsicherte und erpressbare Re-
- 18 serve an Arbeitskräften zu schaffen. Der Angriff auf das Bürgergeld steht in einer Reihe mit den
- 19 Attacken auf den Acht-Stunden-Tag, den Mindestlohn und den Kündigungsschutz. Wer dies
- 20 mitträgt, schwächt nicht nur die Rechte von Erwerbslosen, sondern die Position aller Beschäf-
- 21 tigten.
- 22 Dabei ist wissenschaftlich längst belegt, dass Totalsanktionen weder motivieren noch integrie-
- 23 ren. Sie treffen nur wenige, bewirken aber nichts – außer Angst, Krankheit und Verelendung.
- 24 Forschungsergebnisse des IAB und verschiedener Sozialinstitute zeigen: Totalsanktionen füh-
- 25 ren nur sehr selten zu nachhaltiger Beschäftigung, sondern treiben Betroffene in Instabilität
- 26 und Abhängigkeit. Besonders gefährdet sind Menschen mit psychischen Erkrankungen, Sprach-
- 27 barrieren oder geringen Bildungschancen – also diejenigen, die Unterstützung am dringends-
- 28 ten brauchen.
- 29 Ein vollständiger Leistungsentzug bedeutet in der Realität: unbezahlte Mieten, Stromsperrn,
- 30 Lebensmittelknappheit – und im schlimmsten Fall Obdachlosigkeit. Sozialverbände warnen,
- 31 dass Kinder und Familien dadurch in akute Not geraten. Auch das Bundesverfassungsgericht
- 32 hat wiederholt erhebliche Bedenken gegen die Vereinbarkeit einer vollständigen Streichung
- 33 existenzsichernder Leistungen mit der Menschenwürde vorgebracht.

- 34 Die SPD liegt in Umfragen seit über einem Jahr bei 14 bis 16 Prozent. Wenn diese Partei eine
35 Zukunft haben soll – und wenn sie glaubwürdig Arbeitnehmerpartei sein will –, darf sie sich
36 an einer „Agenda 2.0“ nicht beteiligen.